



## Niederschrift

über die am Montag, den 20. Januar 2025, in der Kulturbühne AMBACH, abgehaltene

### 33. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

#### **ÖVP-Fraktion:**

Bgm. Manfred Böhmwalder  
Vizebgm. Edith Lampert-Deuring  
GV Manfred Handle  
GV Veronika Böckle  
GV Manfred Martin  
GV Walter Scheier  
GV Jonas Herburger  
GR Kevin Manfred Oberhauser  
EM Faruk Baskan  
EM Mag. Caroline Ender  
EM Clemens Ender  
GV DI (FH) Robert Loacker  
EM Michael Marte

Vertretung für GV Julia Rieder  
Vertretung für GR DI Clemens Neuner  
Vertretung für GV Mathias Rieder

Vertretung für GV Ing. Martin Hämmerle

#### **GLG-Fraktion:**

GR Mag. (FH) Thomas Ender  
GR Markus Rottmar  
GV Mag. Walter Heinzle  
GV Anja Ellensohn  
GV Mag. Maria Elisabeth (Sissy) Mayer  
GV Christof Steininger  
GV DI Christoph Weißenbach

#### **BBG-Fraktion**

GR Christoph Längle, BA  
GV Kornelia Ender  
GV Manfred König  
GV Latifa Jordan

#### **SPÖ-Fraktion**

GV Egon Moser  
GR Karin Weber  
GV Michelle Posch

#### **NEOS-Fraktion**

GV DI (FH) Bernd Frankenhauser  
GV DI Jörg Maninger

#### **FPÖ-Fraktion**

GV Andrea Buri

#### **Schriftführer:**

Dr. Konrad Ortner

### Entschuldigt:

GV Ing. Martin Hämmerle  
GR DI Clemens Neuner  
GV Julia Rieder  
GV Mathias Rieder

### Öffentliche Tagesordnung:

1. Berichte des Bürgermeisters
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2024
3. Allfälliges

Von der vor Beginn der Sitzung bestandenen Anfragemöglichkeit wurde von Elmar Weißenbach und Dr. Hubert Fleisch zu den Themen Voranschlag und Öffentlichkeit der Verhandlung der Kiesabbau-Causa Gebrauch gemacht.

Sodann leitet der Bürgermeister zur

### **ÖFFENTLICHEN SITZUNG**

über.

### Erledigung:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß erfolgte und konstatiert die Beschlussfähigkeit gemäß § 43 Gemeindegesetz.

GV Jörg Maninger stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt Kiesabbauprojekt Sauwinkel auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Antrag bleibt mit den Stimmen der GLG, BBG, NEOS und FPÖ in der Minderheit.

#### 1. Berichte des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet von der Gala der Sportgemeinschaft am 19. Jänner 2025 an der neben ihm auch GR Christoph Längle und GV Sissy Mayer teilgenommen haben. Er gratuliert dem Verein zu den gebotenen Leistungen.

Weiters berichtet er von einer anonymen Aufsichtsbeschwerde, die am 20. Dezember 2024 eingegangen ist.

Diese hat zum Inhalt, dass GR Markus Rottmar aufgrund seiner deutschen Staatsangehörigkeit nicht Mitglied des Gemeindevorstands sein darf.

Markus Rottmar wurde am 11. Oktober 2020 in den Gemeinderat gewählt. Nach Einlangen der Aufsichtsbeschwerde wurde von Seiten des Gemeindegemeindefunktionärs und des Bürgermeisters Kontakt mit der zuständigen Abteilung 1a des Landes Kontakt aufgenommen. Diese bestätigte, dass nur österreichische Staatsbürger Mitglied des Gemeindevorstands sein dürfen.

Im Gemeindegesetz ist von Gemeindebürgern und Landesbürgern die Rede. Nur Landesbürger (Staatsbürgerschaft vorausgesetzt) dürfen Mitglied des Gemeindevorstands sein. Die Konsequenzen daraus waren spontan nicht beantwortbar.

Rechtlich hat der Bürgermeister keine Handhabe.

Bereits nach der Wahl gab es eine Anfrage durch den Amtsleiter an das Land, damals wurde telefonisch die Rechtmäßigkeit bestätigt.

Darauf hat der Bürgermeister GR Rottmar über die Sachlage informiert. Trotz mehrmaligen Versuchen konnte der Bezirkshauptmann erst am 7. Jänner 2025 erreicht werden.

Auch der Bezirkshauptmann bestätigte, dass GR Rottmar nicht gewählt werden hätte dürfen. Seitens der BH Feldkirch wird in so einem Fall die Herstellung des gesetzeskonformen Zustandes gefordert, was mittlerweile durch die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch Herrn Rottmar geschehen ist. Der Bezirkshauptmann hat eine schriftliche Stellungnahme angekündigt, die noch nicht eingetroffen ist.

Die Fragen der NEOS zum Budget aus der vergangenen Gemeindevertretungssitzung wurden schriftlich beantwortet.

1. Warum gibt es kein Budget für 2025? Was waren / sind die Ursachen dafür?

Die Gemeinden Vorarlbergs, bzw. in ganz Österreich stehen vor großen Herausforderungen, was die Budgeterstellung betrifft. So ist damit zu rechnen, das im Jahr 2025 mindestens die Hälfte aller österreichischen Gemeinden, Abgangsgemeinden sind. Das heißt, sie sind nicht in der Lage die laufenden Kosten zu bestreiten. Daher war es für mich als Bürgermeister sehr wichtig und in der Verantwortung:

- a) alle Kosten, Ausgaben und Investitionen nochmals zu prüfen, zu hinterfragen und zu bewerten
- b) so lange als möglich zuzuwarten um die aktuellen Kostenpositionen, seitens z.B. Rettungsfonds oder Gehaltsverhandlungen, z. B. im Sozialbereich zu erhalten, um ein möglichst genaues Budget erstellen zu können.

2. Welche Konsequenzen ergeben sich für die Marktgemeinde Götzis dadurch, dass es mit Ende des Jahres 2024 kein Budget für 2025 gibt?

Gemäß § 73 Abs. 5 Gemeindegesetz (GG) ist der Voranschlag so rechtzeitig zu beschließen, dass er mit Beginn des Kalenderjahres wirksam werden kann, d.h. spätestens bis zum 31.12.2024 für den Voranschlag 2025. Für den Fall, dass der Voranschlag nicht rechtzeitig beschlossen wird, sieht das GG im § 75 das sog. „Voranschlagsprovisorium“ vor. Demnach sind die Gemeindeorgane im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten in der ersten Hälfte des Haushaltsjahres ermächtigt, Mittelverwendungen nach dem Voranschlag des abgelaufenen Haushaltsjahres vorzunehmen, wobei die Mittelverwendungen je Monat ein Zwölftel der Ansätze nicht übersteigen dürfen. Zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen können auf die Dauer von höchstens neun Monaten Kassenkredite aufgenommen werden. Diese dürfen 20 v.H. der Finanzkraft nicht übersteigen.

Für das Jahr 2025 sind bis dato noch nicht mal die Hälfte der Gemeindebudgets beim Land Vorarlberg eingegangen, was meine vorherigen Aussagen bestätigt, und nochmals auf die Brisanz der Budgetstellungen in den Gemeinden Vorarlbergs hinweist. Ebenso ist daran zu erkennen das es nichts Außergewöhnliches, oder gar skandalöses wie von einigen behauptet, dass das Budget der Marktgemeinde Götzis zum Jahreswechsel noch nicht beschlossen war. Es aber sehr wohl bereits in der Grobfassung vorlag, und über die Feiertage fertig bearbeitet wurde, wofür ich meinem Team der Finanzabteilung und dem Obmann des Finanzausschusses ein herzliches Danke aussprechen möchte.

3. Wie schaut der weitere Fahrplan terminlich aus? Wann wird es einen ersten Budgetentwurf zur Diskussion geben?

Am 23. Dezember 2024 haben wir an die Fraktionsobleute ein Terminavis mit den Terminen Jänner, Februar 2025 zugesendet. Mit der Gebarungskontrolle des Landes wurden im Dezember und Jänner laufend Gespräche geführt, um über die Situation zu informieren.

Das Budget wurde bereits über die Feiertage fertig vorbereitet. Am Freitag den 3. Jänner 2025 haben wir die Budgetentwürfe und Unterlagen den Fraktionsobleuten zugesendet und sie für Samstag den 11. Jänner 2025 zu einer Sitzung eingeladen, um Fragen zum Budget 2025 zu erörtern oder die Möglichkeit zu geben, Änderungswünsche einzubringen.

Am Mittwoch den 15. Jänner 2025 wurde der Budgetentwurf den Mitgliedern des Gemeindevorstands mit der Einladung zur Gemeindevorstandssitzung am 16. Jänner 2025 zugesendet. Zu diesem Termin hat der Gemeindevorstand die Möglichkeit zur Kenntnisnahme und Stellungnahme.

Am 21. Jänner wird die Sitzung des Finanzausschusses stattfinden, um das Budget nochmals zu präsentieren und zu diskutieren, und eine Empfehlung an die Gemeinde-

vertretung abzugeben.

Am Montag, den 3. Februar ist eine Gemeindevertretungssitzung geplant, in der das Budget 2025 zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Unmittelbar danach wird das Budget 2025 der Marktgemeinde Götzis, der Gebarungskontrolle des Landes Vorarlberg zur Prüfung und Genehmigung zugesendet.

4. Welche Kosteneinsparungen wurden vom Bürgermeister an die Abteilungen im Amt vorgegeben? Wurden die Personalkosten überprüft? (vgl. Dornbirn: „...Um ein ausgeglichenes Budget zu bekommen, habe man gewisse Sachkosten und laufende Ausgaben um 15 Prozent reduziert und die Personalkosten streng überprüft. Außerdem wurden auch Rücklagen in der Höhe von 3,14 Millionen aufgelöst.“ Quelle: <https://vorarlberg.orf.at/stories/3283963/>

Bereits in den Budgetschreiben vom 26. August bis 30. August 2024, wurden die einzelnen Abteilungen im Rathaus informiert, dass wir die Budgetzahlen bis spätestens 4. Oktober 2024 einfordern, mit der Vorgabe keine Erhöhungen zu budgetieren und alle Budgetposten nochmals zu hinterfragen und zu durchleuchten. In der Budgetplanung 2025 wurden die 4000 Konten (geringwertige Wirtschaftsgüter = Anschaffungen bis € 1.000,- Einzelstückwert) und 4560 (Schreib- Zeichen- Büromittel) um 10 % gekürzt. Bei den Konten der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter wurde Großteils auf die Budgetansätze 2024 reduziert (keine Erhöhungen – Indexierung) z.B. 4570 (Bücher, Zeitungen, Drucksorten) und Konto 4590 (Sonstige Verbrauchsgüter). Ebenso wurde im Personalbereich ein klarer Einstellungsstopp verhängt, und sämtliche Nachbesetzungen werden analysiert und bewertet. Ausgenommen davon ist der Bereich der Kinderbetreuung.

Es wurden im Anschluss an die Budgetabgabe nochmals, teils mehrere Gespräche mit den einzelnen Fachabteilungen geführt, sei es Wasserbau, Hochbau, Tiefbau etc. Ebenso wurden mit der Sozialdienste Götzis intensive Gespräche geführt und Kulturvereine und Institutionen.

5. Was wurde eigentlich aus der Arbeitsgruppe Finanz+?

Die sogenannte Finanzplus Gruppe hat zwei Mal getagt, und es wurden unterschiedliche Sparpotentiale angeregt und diskutiert. Hier war leider auch zu erkennen, dass es zum Thema unterschiedlichste Standpunkte und Schwerpunkte in den politischen Ansichten gibt.

Alle Potentiale und Anfragen wurden bearbeitet und erörtert, ebenso gingen diese in die Budgetgespräche ein. Konkret an mich wurden 3 Punkte gerichtet. Einmal ging es um die „tonart musikschule“, hier ging es darum die Elternbeiträge zu erhöhen. In der Generalversammlung der „tonart musikschule“, vom 20. November 2024, die auch politisch besetzt ist, habe ich diesen Punkt eingebracht und zur Diskussion gestellt, was auch geschehen ist. Im Anschluss in der Generalversammlung kam es zur Abstimmung des Budgets, das auch mit den Stimmen der Grünen Liste Götzis, der SPÖ Götzis, der Bürgerbewegung Götzis und der ÖVP Götzis beschlossen wurde. Einsparungen sind primär über die Personalkosten zu generieren, was heißt, dass das Angebot der „tonart musikschule“ gekürzt werden muss, und damit den Kindern von Götzis dieses Angebot nicht mehr in diesem Umfang zur Verfügung steht. Auch eine Anhebung der Elternbeiträge wurde seitens der Generalversammlung und den politischen Vertretern kritisch gesehen, da Musikunterricht pädagogisch sehr wertvoll ist, und der Musikunterricht nicht elitär werden darf.

Ebenso wurde mir von der Finanzgruppe plus aufgetragen die Anzahl der Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehr zu hinterfragen. Hierzu gab es mehrere Gespräche mit der Feuerwehrführung. Bezüglich des Fuhrparks gibt es Vorgaben des Verbandes, je nach Größe der Orte, bzw. Feuerwehr. Hier gibt es auch einen 20 Jahres Plan, was Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen betrifft. Grundsätzlich wurde in den vergangenen Jahrzehnten eine Nutzungsdauer von 30 Jahren angenommen. Aufgrund der heute technischen anspruchsvollen Bauweise der Fahrzeuge, kann davon ausgegangen werden, dass tendenziell die Nutzungsdauer geringer werden wird. Es wurden alle Budgetposten durchgegangen und Einsparungspotential besprochen und ausgeführt.

Hier möchte ich nochmals ganz massiv betonen, dass es nicht sein kann, dass politisch tätige Personen, die noch nie einen Einsatz der freiwilligen Feuerwehr mitgemacht haben, noch nie ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt haben, und das ganze ehrenamtlich zum Wohle der Sicherheit der Götznerinnen und Götzner, in Sitzungen darüber entscheiden, welche Einsatzgeräte und Fahrzeuge der Feuerwehr benötigt bzw.

zur Verfügung gestellt werden müssen. Seit vielen Jahren gibt es ein gutes und vernünftiges Einvernehmen mit der freiwilligen Feuerwehr Götzis, es gab bereits unter meinen Vorgängern jährliche Budgetbesprechungen, die jeweils zu vernünftigen aber vor allem benötigten Lösungen geführt haben. Hier kann ich nur den Appell an die Fraktionen richten, nicht auf Kosten der Gesundheit und Einsatzstärke der Feuerwehr sparen zu wollen, oder Entscheidungen über Ankäufe, ohne das nötige Fachwissen zu treffen.

Als dritten Punkt auf der Agenda stand die Region amKumma, eine Vorzeigeprojekt in Vorarlberg und österreichweit. Nun weiß ich, dass die Kooperationen nicht für alle Fraktionen wichtig sind, möchte aber nochmals auf die Wichtigkeit und Effizienz solcher regionalen Kooperationen hinweisen. Sei es in der regionalen Baurechtsverwaltung, der gemeinsamen Personalverrechnung, gemeinsamen Projekten für unsere Jugend, wie der Skaterpark im Mösle oder die Pumptracks in Altach, gemeinsame kulturelle Schwerpunkte, Umweltprojekte, Raumplanung, Marketingaktionen und vieles mehr. Im Budget 2025 gibt es in der Region amKumma nur Erhöhungen, die sich aufgrund der Gehaltsanpassungen ergeben haben. Auch hier mein Appell, regionale Zusammenarbeit zum Wohle der Bevölkerung, aber auch die Kosteneffizienz nicht aufs Spiel zu setzen.

So wurden alle Vorschläge der Finanzplus Gruppe ernst genommen und geprüft, wie es schon in der Vergangenheit üblich war.

Ich möchte aber schon anmerken, dass es in dieser Gruppe teils unverantwortbare Vorschläge gegeben hat. Sei es die Schließung der Bibliothek, das Einstellen des Meschachbuses, die Schließung der Kulturbühne AMBACH, die Schließung des Schwimmbads, drastische Kürzungen gewisser Förderungen, die teils zu drastischen Änderungen in der Veranstaltungs- und Bildungslandschaft in Götzis führen würden. Ich möchte mich bei allen die konstruktiv an der Konsolidierung unseres Budgets mitarbeiten bedanken, und meine volle Unterstützung anbieten.

GV Bernd Frankenhauser bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Er möchte die Art der Beantwortung aber nicht unwidersprochen lassen. Es sei in der Arbeitsgruppe auch über ganz andere Themen gesprochen worden. Allen Fraktionen war klar, dass man gemeinsam Lösungen finden muss. Er widerspricht, dass man die Schließung von Bibliothek und Schwimmbad gefordert hat. Die Gemeinde hat 40 Millionen Euro Schulden und Investitionsvorhaben von bis zu 120 Millionen Euro Investitionen ohne Gegenfinanzierung geplant. Sinn und Zweck der Arbeitsgruppe war es, alle Potentiale zu erheben und dann zu kategorisieren was nicht verschiebbar ist, Dinge, die man verschieben und Dinge, die man streichen kann.

An diesem Punkt war die Arbeitsgruppe beendet. Es gibt keine Protokolle und keine Einladungen durch den Klubobmann der ÖVP mehr.

Der Bürgermeister stellt klar, dass diese drei erwähnten Fragen an ihn direkt gerichtet worden sind. Es gibt auch eine Liste mit anderen Themen, die an die Abteilungen im Rathaus gegangen sind.

GR Christoph Längle schließt sich GV Bernd Frankenhauser an und bezeichnet die Antwort auf Frage 5 als dreist. Man wollte sachlich und konkret das Budget durchleuchten. Er weist die Vorwürfe zurück. Die Gruppe sollte sachlich und konkret das Gemeindebudget verbessern. Man wolle keine Gemeindeinstitutionen schließen. Es wurde ein Fahrplan erstellt, es habe aber Unterlagen nur auf Nachfrage gegeben. Er findet es schade, dass es nicht weitergegangen ist.

GR Markus Rottmar schließt sich den Vorrednern an. Man war an der Stelle, dass man Potentiale gesucht hat: Was muss eine Gemeinde machen und was kann sie machen. Die Priorisierung hat nicht stattgefunden. Er zeigt sich verwundert über die Beantwortung.

GV Andrea Buri sieht das Ergebnis der Arbeitsgruppe nicht so negativ wie dargestellt. Sie widerspricht der Darstellung des Bürgermeisters.

Auf Frage von GV Jörg Maninger, ob es die Gruppe noch gibt, erklärt der Bürgermeister,

dass jetzt der Finanzausschuss am Zug ist. Ob es die Gruppe noch einmal gibt, kann er jetzt nicht sagen.

GV Kornelia Ender kritisiert, dass es kein Budget gibt. Sie erinnert, dass der Rechnungsabschluss Ende April fertig sein muss. Sie möchte die Arbeitsgruppe Finanzplus fortführen.

GR Christoph Längle kritisiert, dass das Kiesthema nicht öffentlich ist und die Unterlagen zu spät gekommen sind. Noch heute seien Unterlagen verschickt worden. Er fordert die Absetzung des Tagesordnungspunktes.

Der Bürgermeister erwidert, dass es sich um die heutige Zusendung um Anfragebeantwortungen der Fraktionen von Freitag bzw. dem Wochenende gehandelt hat.

## 2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2024

Die Niederschrift wird ohne Wortmeldung genehmigt.

## 3. Allfälliges

GV Walter Heinzle erklärt zum Thema Kies, dass vor etlichen Jahren dem grundsätzlichen Projekt zugestimmt worden ist. Ziel waren Einnahmen für die Gemeinde, eine bessere landwirtschaftliche Nutzung für den Rheinhof, um die Firma Kies Kopf nicht zu gefährden und einen fairen Vertrag zu gestalten.

Nachdem es aus Altsch von Anfang an unverschämte Forderungen gegeben hat, konnte man sich mehrere Jahre nicht einigen. Dann wurde von den Bürgermeistern bei der Wirtschaftskammer ein Gutachten erstellt, hier wurde von 15%-Anteil für Altsch gesprochen. Jetzt will man 43% nach Altsch geben. ÖVP und SPÖ wollen fast das Dreifache abgeben und das mit der allerknappsten Mehrheit von 16:14 Stimmen.

Das erste Argument geht davon aus, dass Altsch weniger nicht zustimmt. Aber ohne Zustimmung erhält Altsch weder Erlösmillionen noch Naturschutzabgabe, auch Kieskopf wäre im Bestand gefährdet.

Selbst bei einer behördlichen Festsetzung könnte sich diese Entschädigung nur in einem Rahmen abspielen, wie durch die Studie der Wirtschaftskammer dargestellt. Sonst könnte man ein eigenes Projekt aufgleisen, ohne die anderen Gemeinden für die Zufahrt zu brauchen.

Zum zweiten Argument, dass man möglicherweise nicht mehr verfüllen darf, führt er aus, dass es dafür keine Anzeichen gibt. Und wenn es so vorgeschrieben ist, sei es wohl besser es zu belassen. Jetzt wolle man noch schnell den Kiesdeal über die Bühne bringen. Der Schuldenstand wird steigen, obwohl 2025 keine großen Projekte anstehen und auch laufende Investitionen in bestehende Gebäude oder Straßenreparaturen fehlen. Trotzdem sei es nicht gerechtfertigt, dass Millionen nach Altsch verschoben werden. Es könnte sein, dass die Gemeinde in ein paar Jahren in Konkurs gehen könnte.

Der Bürgermeister stellt klar, dass die Wiedergabe des Ergebnisses der Studie falsch ist und dieser Darstellung auch von den Gutachtensverfassern widersprochen wurde.

GR Christoph Längle schließt sich GV Walter Heinzle an. Der Zeitpunkt der Beschlussfassung sei fahrlässig. Der Bürgermeister verweist darauf, dass es noch nie eine so gut über die Kiesfrage informierte Gemeindevertretung gegeben hat.

GV Andrea Buri sieht viele Fragen offen, auch rechtlich sei viel offen. Deshalb lehnt sie eine Abstimmung heute ab.

GR Markus Rottmar erwähnt, dass für den Fall einer heutigen Abstimmung die schlechte Stimmung in den nächsten 35 Jahren so bleiben wird. Über den Beirat und das Gremium wird man immer wieder darauf gestoßen, dass man zwei Monate vor der Wahl irgendwas beschlossen hat. Bei dieser Größenordnung muss das Projekt so

gut sein, dass es eine breite Mehrheit gibt, davon ist man ganz weit weg. Er fragt noch wer verhandelt hat, da dies nicht vom Grundsatzbeschluss umfasst war. Es habe mit Reinhard RUF eine Privatperson mitverhandelt, darum sei eine Geheimhaltung nicht nötig. Er fordert die Absetzung des Punktes und die Verhandlung in öffentlicher Sitzung. Der Kieskopf-Vertrag muss vom Beirat ausverhandelt werden.

Ende der Sitzung: 19:55 Uhr



Dr. Konrad Ortner  
Schriftführer



Bgm. Manfred Böhmwalder  
Vorsitzender